liche und ehrliche Todfeinde des Panzerkreuzerbaues sind. Aber das Spiel wird den Arzt und auch den Seydewitz und Rosenfeld nicht gelingen. Denn die Tatsachen reden eine harte, eine andere Sprache!

Wie stehen die „linken" SPD-Führer zum Panzerkreuzer? Auf dem Bezirksparteitag der SPD Ostsachsens am 15. März erklärte der „linke" Arzt ausdrücklich: Das Problem heiße nicht Panzerkreuzer oder Arbeitslosenfürsorge, sondern Panzerkreuzer oder Hitler-Hugenberg. Den Parteigenossen sei mit den Notverordnungen viel mehr zugemutet worden als es beim Panzerkreuzer der Fall sei. Bei diesem sei nur das Psychologische der Situation schwer. Der „linke" Arzt machte sich also das verlogene Wels-Argument zu eigen, daß durch die Unterstützung der Brüning-Regierung die Durchführung der faschistischen Diktatur verhindert werde und gibt offen zu, daß für die „Linken" der Kernpunkt das „Psychologische" ist, d. h. die Frage: Wie sage ichs meinen Mitgliedern, wie versöhne ich sie mit dem Panzerkreuzerverbrechen? Eindeutig trat Arzt für die Bewilligung der Panzerkreuzerserie ein, und es ist überdies ohne weiteres klar, daß zwischen der „Stimmenthaltung" der SPD-Fraktion im Reichstag und der „Abwesenheit" der 19 vom Reichstag kein Unterschied besteht. Beide ermöglichte den Beschluß für den Panzerkreuzerbau. Wie steht es aber nun mit den anderen „linken" SPD-Führern, mit den 9, den Seydewitz, Rosenfeld u. Co.? Lassen wir das Zwickauer „Sächsische Volksblatt" das Organ Seydewitz', selbst sprechen! Man findet hier ein dauerndes Schwanken, mal kokettiert es mit der Ablehnung des Panzerkreuzerbaues, das andere Mal wird diese Stellung durch unbestimmte Redewendungen abgeschwächt, ein drittes Mal aber – und das ist die Grundlinie – durch den Ruf nach „Konzessionen" völlig widerlegt. Am 7. März schreibt das Blatt „Panzerkreuzer und keine Gegenleistungen. Weder die Regierung noch das Zentrum will der Sozialdemokratie Konzessionen machen. Diese soll nach dem Ratschluß des Herrn Brüning die Panzerkreuzer bedingungslos schlucken." Am 12. März werden die Arbeiter beruhigt und beschwindelt: „Die Entscheidung steht noch aus." Am 14. März: „Regierung macht keine Konzessionen. In den Diskussionen um die Entscheidung über den Panzerkreuzer und den erhöhten Wehretat hat die Frage etwaiger Gegenleistungen der Regierung auf sozialpolitischem und steuerlichem Gebiet eine erhebliche Rolle gespielt. . . . Einzelne schöne Worte des Arbeitsministers können über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Regierung keinerlei Neigung zeigt, der Sozialdemokratie das Entgegenkommen für ihr Forderungen zu zeigen, das sie nach den vielen Opfern, die sie der Regierung Brüning gebracht hat, zu fordern berechtigt und verpflichtet ist." Also auch hier keineswegs Ablehnung des Panzerkreuzers, sondern im Gegenteil Bereiterklärung für „Konzessionen", d. h. einige abgenagte Knochen zur Täuschung der radikalisierten Arbeiter, die Bewilligung des Panzerkreuzers irgendwie zu ermöglichen!

Die besten Kronzeugen gegen das Manöver der Rosenfeld u. Seydewitz sind – Rosenfeld und Seydewitz selber. In der Sonnabendnummer des „Sächsischen Volksblattes" äußern sie sich beide. Seydewitz legt noch einmal das Geständnis ab:

„Bei der Forderung der Regierung Brüning, die Panzerkreuzer zu schlucken, und zwar bedingungslos und ohne jede Gegenleistung (!) zu schlucken, war meiner Meinung nach für die Sozialdemokratie die Grenze erreicht."

Wieder also sagt Seydewitz, daß er für den Panzerkreuzer ist, bei „Gegenleistungen". An einer anderen Stelle seines Artikels gesteht er auch mit dankenswerter Deutlichkeit, warum er dann, wo doch der „Unterschied" zwischen ihm und Wels in der völlig nebensächlichen, unbedeutenden, lächerlichen Konzessionsfrage besteht, warum er da anders als die SPD-Fraktion im Reichstag gestimmt hat:

„Das jetzt von der Mehrheit noch für notwendig gehaltene Ausweichen in der Panzerkreuzerfrage (das furchtbare Panzerkreuzerverbrechen der SPD, wenn Seydewitz Ausweichen! Anmerkung der Red. der „Arbeiterpol.") bedeutet eine starke Belastung für die Sozialdemokratische Partei und würde eine noch schärfere Belastung bedeuten, wenn innerhalb der SPD nicht die Kräfte, die den von der Mehrheit beschrittenen Weg für falsch halten (?), ihre ablehnende Stellungnahme sichtbar zum Ausdruck bringen würden."

Noch klarer sagt es ein anderer, der neunte, Rosenfeld:

„Würden diese Genossen (die 9) anders gehandelt haben, so würden die Massen der sozialdemokratischen Wählerschaft, die unter keinen Umständen neue Kriegsschiffe bauen lassen wollen, sich durch die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr vertreten fühlen. Die Folge wäre ein

Linksmarsch von Hunderttausenden

gewesen. Und das haben diejenigen, die gegen den Kreuzer stimmten, verhindert."

Das sind eindeutige Beweise, daß die 18 mit Arzt, wie die 9 mit Seydewitz in der Linie mit Wels durchaus einverstanden sind, daß sie im Grunde für den Panzerkreuzer sind, weil seine Ablehnung den Kampf gegen Brüning-Diktatur und Großkapital bedeuten würde, weil sie in Wahrheit keineswegs diesen Kampf führen können und wollen, sondern im Gegenteil Großkapital und Brüning-Diktatur „tolerieren" und unterstützen. Die Abwesenheit der 18 und das Dagegenstimmen der 9 „Helden" **hatte nach ihren eigenen Worten den Zweck, die empörten sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger vom Linksmarsch abzuhalten und weiter an die Panzerkreuzerpartei zu fesseln!**

Ein sozialdemokratischer Funktionär stellte kürzlich die Frage, ob die „linken" Führer wirklich ein abgekartetes Spiel mit Wels treiben und erklärte, das wäre unmöglich. Die Frage ist sachlich nicht von Belang, aber wie steht es damit? In vielen Fällen ist das Spiel direkt eine abgekartete Sache. Es ist z. B. auch klar, daß die Abwesenheit der 18 mit Wels einfach vereinbart war. In anderen Fällen braucht die Scheinopposition der „linken" SPD-Führer nicht direkt in einer Besprechung ausgeknobelt zu sein, aber in der Sache kommt es auf dasselbe heraus. Die gleiche politische Grundlinie der rechten und „linken" Führer, ihr gleicher Standpunkt in den prinzipiellen Fragen bewirkt selbst dort, wo keine direkte Vereinbarung über das gegenseitige Verhalten festgelegt wird, die Wels, Arzt und Seydewitz bei Verschiedenheit der sozialen Demagogie und Phraseologie in die gleiche arbeiterverräterische Kerbe hauen.

Darüber kann auch die Drohung des Parteivorstandes mit dem „Parteitag gegen die Disziplinbrecher" nicht täuschen. Wels braucht die „linken" SPD-Führer, um mit Hilfe ihrer „radikalen" Redensarten die wirklich radikalisierten sozialdemokratischen Arbeiter bei der Stange zu halten. Allerdings erlaubt er ihnen nicht (wie in dem erwähnten Falle am Kieler Parteitag, so auch heute) in der radikalen Phrasenmacherei zu weit zu gehen, weil dann die Gefahr für die SPD besteht, daß die proletarischen Mitglieder und Anhänger die Phrasen ernst nehmen und über die „linken" Führer hinweg den richtigen Klassenweg nach links, in die rote Einheitsfront und in die KPD gehen. Die Drohung mit dem Parteitag hat jetzt vor allem den Zweck, die links marschierenden empörten sozialdemokratischen Arbeiter auf den Kopf zu schlagen und zu dämpfen. Im übrigen ist der Parteitag erst im Mai und es ist noch lange Zeit bis dahin. . .

Rosenfeld und Seydewitz beteuern, daß sie für die Einheit mit Panzerkreuzer-Wels sind. Rosenfeld schreibt von der „Einheit der Partei", die unter allen Umständen erhalten bleiben werden muß. Denn niemand von uns will die Spaltung und fügt hinzu: „Nur Intoleranz kann die Einheit der Partei gefährden, wie sie im Kriege die Einheit der Partei vernichtet hat." Diese „schreckliche Drohung" ist das höchste, zu dem sich die „linken" Helden manchmal versteigen, zu dem sie manchmal in ihren kühnsten Träumen zu schwelgen wagen. Es ist so, daß die sozialdemokratischen, linksmarschierenden Arbeiter langsam aber immer mehr zu erkennen beginnen, daß eine Aenderung des Charakters der SPD als „bürgerlichen Arbeiterpartei" (Lenin) und ihrer Rolle als Panzer der Bourgeoisie unmöglich ist, und deshalb sich der Kommunistischen Partei zuwenden. Diese vom gesunden Klasseninstinkt getragene Bewegung versuchen die „linken" SPD-Führer, ihrer Rolle getreu, aufzufangen, indem sie mit der Drohung spielen: Wenn der Parteivorstand organisatorische Maßnahmen gegen die neun ergreift, dann kommt vielleicht, vielleicht, vielleicht die „Spaltung", die Gründung einer neuen „Partei" ist Frage. Und wenn es selbst dazu käme, was würde das für eine „Partei" sein? Zweifelsohne eine zentristische, eine neue Partei des Arbeiterverrats, ein arbeiterfeindliches Schwanken der arbeiterfeindlichen SPD, ein Versuch einer Wiederauferstehung der von der Geschichte begrabenen Crispienschen USP, eine neue Gefahr der Verwirrung der Massen, die sich jetzt in voller Kampfesfront unter Fahnen der KPD formieren, kurz: eine reaktionäre Mißgeburt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen an dem Panzerkreuzerverbrechen der SPD den Charakter der SPD als Stützpfeiler des Faschismus, des Lohnraub und der Kriegspolitik und den Charakter der „linken" SPD-Führer, der Arzt und Wedel, der Seydewitz und Rosenfeld als der schlimmsten und gefährlichsten Verräter erkennen, die mit ihren „radikalen" Phrasen dem Großkapital, die Brüning und Wels in der Durchführung ihrer reaktionären Politik unterstützen.

Es ist nichts, was die sozialdemokratischen Arbeiter von der Panzerkreuzerpartei und den „linken" Helden erwarten können, nichts, was sie vom Parteitag der SPD für ihre Klasseninteressen erhoffen können. Es gibt für die sozialdemokratischen Arbeiter nur einen Weg: die Konsequenzen zu ziehen und Seite an Seite mit den Kommunisten in die

rote Einheitsfront

zu stellen, die nur von der Kommunistischen Partei, der einzigen antikapitalistischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Partei organisiert wird. Die Kommunisten reichen ihren sozialdemokratischen Arbeitsbrüdern in Betrieben, Büros und Stempelstellen brüderlich die Hand.

SPD-Funktionäre kommen zur KPD

Berliner Bankbetriebsrat — Parteiredakteur in Schlesien

Die ungeheure Empörung über die Aufrüstungspolitik der Sozialdemokratie findet jetzt ihren Ausdruck in der Steigerung der offenen Uebertritte sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD. Der stärker werdende Druck hat jetzt auch Funktionären die Augen geöffnet über den Weg ihrer Partei. Wie wir erfahren, ist in Berlin der bisher sozialdemokratische Betriebsrat der Deutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft Heinrich Hellige zur Kommunistischen Partei übergetreten. Genosse Hellige war jahrelang Mitglied des Gesamtvorstandes des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten. In Langenbielau beantragte der bisherige Redakteur am „Proletarier", dem SPD-Organ für das Eulengebirge, seine Aufnahme in die KPD, nachdem er erkannt hat, daß die SPD nicht mehr „umgestellt" werden kann, sondern als Partei völlig der Bourgeoisie dienstbar geworden ist. Beide Funktionäre haben in ausführlichen Schreiben ihren Uebertritt begründet. Wir werden in den nächsten Tagen die Briefe veröffentlichen. Wir begrüßen die neuen Kämpfer in unseren Reihen und mit ihnen die tausende ehrlicher sozialdemokratischer Proletarier, die die Vollendung der Panzerkreuzerschmach der SPD mit dem Anschluß an die rote Kampffront der KPD beantworten.

Dr. Völkers neuester Hungerschiedsspruch

6 Prozent Lohnraub an den Eisenbahnern!

Empörungssturm auf den Dienststellen / Reformisten bereiten Unterwerfung vor / Wählt vorbereitende Kampfausschüsse / Beschließt Streik gegen jeden Lohnraub / Alle Kräfte der Partei und RGO zur Mobilisierung der Eisenbahner!

Dresden, 23. März.

Der berüchtigte Dr. Völkers hat gegen die Eisenbahner einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Eisenbahnerlöhne um 6 Prozent gesenkt werden sollen. Die Frauenzulage kommt in Wegfall. Dorpmüllers Kampagne von der „Not der Reichseisenbahn", die faktisch jährlich einen Milliardenüberschuß abwirft, soll gekrönt werden mit der unerhörten Senkung der Hungerlöhne, deren Folge eine Verschärfung der Antreiberei und weitere Entlassungen sein werden.

Der Hungerschiedsspruch soll für das ganze Reichsgebiet Geltung haben. Allein für Sachsen sind 42 000 Eisenbahner davon betroffen. Eine ungeheure Empörung herrscht bei den Eisenbahnern an allen Dienststellen. Die SPD-Presse schrieb noch vor einigen Tagen, „wir sind gespannt", ob Völkers eine Senkung der Hungerlöhne zu diktieren wagt. Die Bürokratie hat „abgelehnt", aber sie wartet selbstverständlich auf die Verbindlichkeitserklärung, die, nachdem die Erklärungsfrist heute abgelaufen ist, in kurzer Zeit erwartet werden kann.

Die Eisenbahner haben in vielen Werkstätten und Dienststellen bereits den Schandschiedsspruch empört zurückgewiesen. Es gilt jetzt, konkrete Kampfmaßnahmen vorzubereiten. In den Dienststellen und Werkstätten sofort „vorbereitende Kampfausschüsse" zu schaffen, ist die wichtigste Voraussetzung, dem frechen Dorpmüllerangriff entgegenzutreten. Streikbeschluß gegen jeden Pfennig Lohnraub muß die Antwort der Eisenbahner sein. Schluß mit der infamen Aushungerungspolitik der Dorpmüller und Co., die glauben, den Eisenbahnerproleten die Youngtribute und Riesengehälter herauspressen zu können.

Streiks in Kamenz und Radeberg

Kamenz, 22. März.

Der Streik der Textilarbeiter in Kamenz dauert mit verminderter Schärfe fort. Die Reformisten wollen, daß die Arbeiter müde streiken. Aufgabe aller revolutionären Arbeiter in Kamenz ist es, die Massen zur Unterstützung des Streiks zu mobilisieren.

Bei der Firma Frottierweberei Thomas in Radeberg hat etwa 30 Weber und Weberinnen im Streik gegen Lohnraub. Die Akkordlöhne sollten stark gekürzt werden. Die Textilarbeiter werden in ihrem Kampf unterstützt von der RGO, die alle Kräfte zur Vorbereitung des Kampfes und die Organisierung der Massensolidarität mobilisiert.

Neue Siege der roten Einheitslisten!

Bei Krupp, Leipziger Wollkämmerei, Krause & Baumann, Meier & Weichelt

Essen, den 21. März.

Einen politisch bedeutungsvollen Sieg bei den Betriebsratswahlen errang die rote Einheitsliste bei Krupp. Trotzdem im Laufe des vergangenen Jahres nicht weniger als 8000 Arbeiter abgebaut worden sind, darunter eine große Anzahl revolutionärer Funktionäre, erzielte die rote Liste einen großen prozentualen Gewinn. Den Reformisten wurden zwei Sitze abgenommen. Die Nazis konnten nur einen Teil der Stimmenverluste der Christen und Gelben, die natürlich beim Abbau besonders geschützt worden waren, auffangen. Es erhielten:

	Stimmen	Sitze	Im Vorjahre	
Rote Einheitsliste	3360	7	3648	5
Reformisten	4754	10	7303	12
Christen	4991	10	7374	11
Gelbe	1032	2	1634	2
Hirsch-Duncker	169	—	205	—
Nazis	660	1	—	—

Die Betriebsratswahl bei Krause & Baumann, Heidemann, brachte einen sehr guten Erfolg für die RGO:

RGO	618 Stimmen	7 Sitze	(523:6)
Reformisten	491 Stimmen	5 Sitze	(495:6)

Wahlberechtigt waren 1400, im Vorjahr 1500, Wahlbeteiligung betrug 1031 1051 (ungültig 32).

*

Rote Mehrheit in der Leipziger Wollkämmerei

In der Möckauer Wollkammerei wurde in diesem Jahr bei der Betriebsratswahl die sozialdemokratische Mehrheit gebrochen.

Das Abstimmungsergebnis ist folgendes:

Rote Einheitsliste 859 Stimmen (im Vorjahr 633)
Reformisten . . 818 Stimmen (im Vorjahr 917)
Ungültig . . . 10 Stimmen

In fast allen Leipziger Textilbetrieben siegten die roten Listen.

*

Im Betrieb Meier & Weichelt gelang es, in diesem Jahr zum erstenmal eine rote Liste aufzustellen:

Rote Einheitsliste 120 (3 Betriebsräte)
Reformisten . . 153 (3 Betriebsräte 1 Arbeitsrat)
Ungültig . . . 5

Auch hier ein gewaltiger Fortschritt der RGO. Im vergangenen Jahr war nur ein Kommunist im reformistischen Betriebsrat.

Wuchtiger Aufmarsch in Bautzen!

Bautzen. (Eig. Meldung.) Der Kampfbund gegen den Faschismus hatte für Sonntag zu einem roten Treffen nach Bautzen aufgerufen. Dasselbe wurde zu einem mächtigen Bekenntnis der Werktätigen für den revolutionären Klassenkampf. Mehr als 3000 Arbeiter marschierten im Demonstrationszug, der durch 400 Rote Frontkämpfer gebildet wurde. Die Kundgebung beteiligten sich mehr als 3000 Werktätige. Die Kundgebung war die stärkste, die das schwarze Bautzen je gesehen hat.

Stahlhelmpleite in Berlin

Die Kundgebung des Stahlhelms im Berliner Sportpalast war eine einzige Pleite. **Nicht mehr als 2500 Stahlhelmer** waren aufmarschiert, um den Anlaß für das Wiedererscheinen des Stahlhelms zu geben. **Von starken Polizeikräften bewacht,** mußten die Stahlhelminformationen Aufstellung nehmen. Jahrelang war die revolutionäre Arbeiterschaft im Lustgarten erschienen, um ihre unerschütterliche Abwehrfront zu demonstrieren und zu beweisen, daß Berlin nach wie vor rot ist.

Es kam infolge der Provokationen der Faschisten zu Zusammenstößen, wobei mehrere Faschisten verletzt wurden.

Heute Parteiarbeiterversammlung im Keglerheim